

Heraus zum 1. Mai



**Liebe Leserinnen,
liebe Leser,**

eine großartige Nachricht erreichte im Frühjahr die Düsseldorfer Einwohner*innen. Die Beratungsgesellschaft Mercer untersuchte wie jedes Jahr die Großstädte der Welt auf ihre Lebensqualität. Düsseldorf hat dabei, wie auch im Jahr zuvor, weltweit den sechsten von 231 Plätzen eingenommen. Leider heißt lebenswert in diesem Fall vor allem lebenswert für jene, die genug Geld und Besitz haben, um in Düsseldorf ein angenehmes Leben führen zu können. Wohnungslose, Arbeitslose, Menschen in prekären Arbeitsverhältnissen, Alleinerziehende, Rentner*innen und Studierende haben für dieses Ergebnis wohl nicht viel Verständnis. Sie können sich nämlich nicht mit Geld von ihren Sorgen freikaufen. Sie führen ein Leben am Existenzminimum. Sichere Arbeitsverhältnisse, sich Essen, Unterkunft, aber auch Mobilität und Kultur leisten zu können, diese Umstände fanden in den Untersuchungen leider keine Beachtung. Schlimmer noch, die Studie wird ausschließlich anhand der Befragung von Führungskräften, Managern und leitenden Angestellten mit hohem Einkommen erstellt, was Mercer auch offen zugibt. Auftraggeber der Studien sind international agierende Unternehmen. Statt Mercer-Studie könnte man sie also auch Manager-Studie nennen. Dass diese hoch bezahlten Angestellten kein Maßstab für den Großteil der Einwohner*innen darstellen, sollte jedem klar sein. Wir, DIE LINKE.Düsseldorf, werden jedoch weiterhin auf diese Lebensumstände achten und uns dafür einsetzen, dass Düsseldorf für alle Menschen lebenswert wird.

Natalie Meisen
Sprecherin des Kreisverbandes
DIE LINKE. Düsseldorf

Kreisverband DIE LINKE.
Corneliusstr. 108
40215 Düsseldorf
Tel: 0211 933 60 81

kontakt@die-linke-duesseldorf.de
www.die-linke-duesseldorf.de

Solidarität – Vielfalt – Gerechtigkeit **Gegen prekäre Arbeits- und Lebensverhältnisse, für 12 Euro Mindestlohn**

Unter diesem Motto ruft der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) in diesem Jahr zur Teilnahme an den Demonstrationen und Kundgebungen zum 1. Mai auf. Damit drückt er deutlich aus, dass für ihn diese drei Begriffe sinnbildlich für die Arbeit der Gewerkschaften stehen und sich gegen die Versuche rechter Organisationen und Parteien wie zum Beispiel der AfD wenden, die Spaltung der Beschäftigten anhand von Nationalität, Religion, Geschlecht oder Hautfarbe zu betreiben. Auch wenn der 1. Mai heutzutage nicht mehr als Kampftag der Arbeiter*innenklasse begangen wird, sondern als „Tag der Arbeit“, hat er doch seine Funktion bewahrt, für gewerkschaftliche oder andere politische Forderungen auf die Straße zu gehen. Dass dies immer noch so ist, musste oft von kritischen Gewerkschafter*innen durchgesetzt werden. Sie wehrten sich in den 70er Jahren dagegen, aus dem 1. Mai reine Saalveranstaltungen zu machen.

Vor 85 Jahren, am 1. Mai 1933, also nur drei Monate nachdem die Nazis die Macht übertragen bekommen hatten, demonstrierten naive oder auch rechte Gewerkschafter*innen gemeinsam mit den Nazis am „Nationalen Tag der

Arbeit“. Diese Demonstrationen waren geprägt durch die Präsenz der Nazi- banden mit ihren Transparenten und Fahnen. Die Nazis instrumentalisierten den 1. Mai für ihre Propaganda und nahmen ihm gleichzeitig den internationalistischen Charakter. Schon einen Tag später wurden die Gewerkschaften des ADGB verboten, die Gewerkschaftshäuser besetzt und das Eigentum der Gewerkschaften beschlagnahmt. All die Zugeständnisse und das Stillhalten gegenüber den Nazis hatte den Anpassler*innen nichts genutzt: die Nazis setzten ihren Machtanspruch gnadenlos durch.

Heute versuchen wieder alte und neue Nazis den 1. Mai für ihre Politik zu missbrauchen. Regelmäßig rufen NPD, Die Rechte oder andere faschistische Organisationen zu Demonstrationen für ihren „Nationalen Tag der Arbeit“ auf. Teilweise hat es schon Störungen von DGB-Kundgebungen gegeben. Vor allem in Dortmund gibt es immer wieder solche Versuche. Im letzten Jahr hatte die AfD in Düsseldorf eine Kundgebung angemeldet, die sie aber aufgrund der ablehnenden Stimmung in der Stadt nicht durchführen konnte.

DIE LINKE beteiligt sich auch in die-

sem Jahr an den Demonstrationen und Kundgebungen des DGB mit ihren Forderungen. Dazu gehören z.B. der Kampf gegen Hartz IV, gegen prekäre Beschäftigung und für einen Mindestlohn, der zum Leben reicht, von mindestens 12 Euro. Wir wissen aber auch, dass in vielen Ländern Demonstrationen und Kundgebungen verboten oder von Polizeikräften angegriffen werden und Gewerkschafter*innen dabei inhaftiert werden. Deswegen sind wir solidarisch z.B. mit den Kolleginnen und Kollegen in der Türkei, die sich gegen die Abschaffung demokratischer Rechte und die Einführung einer Diktatur in ihrem Land wehren. Dabei vergessen wir auch nicht, den Einmarsch und die Besetzung von Afrin durch die türkische Armee und ihrer Söldner von IS und Al Kaida und die beschämende Rolle, die die Bundesregierung dabei spielte, zu verurteilen.

Für uns als linke Partei ist der 1. Mai ein Tag, an dem die Arbeiter*innen weltweit für ihre Forderungen auf die Straße gehen. Mit diesen Kämpfen sind wir solidarisch. Gegen das international organisierte Kapital nutzt keine nationale Borniertheit: deswegen gilt heute genauso wie eh und je:

Hoch die internationale Solidarität

Stoppt die Rheinmetall Panzerfabrik

Schluss mit dem völkerrechtswidrigen Krieg der Türkei gegen Afrin

Am 20. Januar 2018 überschritt die türkische Armee mit der FSA (Freie Syrische Armee) die Grenze zu Syrien und fiel mit Waffengewalt in den Kanton Afrin ein. In der FSA agieren Al Quaida, ehemalige IS-Kämpfer sowie weitere islamistisch-fundamentalistische Kräfte gemeinsam. So bestätigt sich wieder einmal die Zusammenarbeit der türkischen Regierung mit diesen politisch-religiösen Ideologien. Die türkische Regierung versucht ihren Angriff, da türkisches Territorium angeblich von dort beschossen wurde, als Verteidigungsfall darzustellen. Uns erscheint für dieses völkerrechtswidrige Vorgehen eine andere politische Strategie des türkischen Staates plausibler: In den befreiten kurdischen Gebieten entwickelt sich ein basisdemokratisches Gesellschaftssystem. Hier leben Kurd*innen muslimischen, alevitischen, ezidischen Glaubens mit christlichen Assyer*innen, syrischen Araber*innen und Armenier*innen friedlich zusammen. Frauen spielen in diesem System, sie nennen es demokratischen Konföderalismus, eine politisch entscheidende Rolle. Sie wurden und werden in politische Funktionen gewählt, die sowohl für Bildung der Bevölkerung als auch für

die Organisierung des Widerstandes gegen Aggressoren von entscheidender Bedeutung sind.

Dies widerspricht den islamisch-fundamentalistischen, chauvinistisch-patriarchalen Zielen und der politischen Perspektive der türkischen Regierung. Frauenemanzipation und Selbstverwaltung sind für Erdogan und seine Regierung ein rotes Tuch. Die befreiten kurdischen Regionen begreift er als einen Angriff auf den türkischen Staat.

Der Krieg gegen Afrin wird auch mit deutschen Leopard-II-Panzern geführt.



Führend ist hier der Düsseldorfer Rheinmetall-Konzern, der seine tödlichen Geschäfte immer unverfrorener ausweitet. In der Türkei will Rheinmetall eine Panzerfabrik für den Bau des neuen türkischen Altay-Panzers errich-

ten. Die ohnehin nur schwachen und halbherzigen Verbote und Beschränkungen von Rüstungsgeschäften durch die Bundesregierung würden somit umgangen. Schon in der Vergangenheit hat Rheinmetall in Kriegs- und Krisengebiete Waffen geliefert. Mehrfach wurden illegale Lieferungen nach Südafrika, Argentinien und Saudi-Arabien getätigt. Wenig Probleme hat Rheinmetall mit Korruption und Lobbyismus. Für Exporte von Luftabwehr- und Feuerleitsystemen Mitte der 2000-er Jahre für Panzer nach Griechenland musste Rheinmetall 2014 zugeben, dass Schmiergeld von der Bremer RDE (Rheinmetall Defense Electronics) nach Griechenland geflossen ist. Ein Bußgeld in Höhe von mehr als 40 Mio. Euro wurde vom Konzern akzeptiert.

Rheinmetall ist auch politisch gut vernetzt. Manch eine(r) nennt dies auch Lobbyismus. Der ehemalige CDU-Verteidigungsminister Franz Josef Jung sitzt im Aufsichtsrat, der FDP-Politiker und Ex-Entwicklungshilfeminister Dirk Niebel ist seit Anfang 2015 für Rheinmetall tätig, Ulrich Grillo, ehemaliger Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, ist seit Mai 2017 Aufsichtsratschef.

Auf dem rechten Weg

Die neue große Koalition war noch kaum im Amt, da wurde von den rechten Kräften bereits die neue Zielrichtung abgesteckt. Mochte auch kurz zuvor die neue Fraktionschefin der SPD, Andrea Nahles, noch so gelobt haben, der Koalitionsvertrag sei zu 70 Prozent sozialdemokratisch. Der zu diesem Zeitpunkt noch nicht vereidigte Gesundheitsminister Spahn wilderte bereits im fremden Revier, indem er befand, Armut gebe es in Deutschland Dank der Grundsicherung (Hartz IV) doch gar nicht und nicht jeder Minijobber sei arm. Auch müsse Dank Hartz IV auch ohne Tafeln niemand hungern. Keinen Hunger zu leiden ist nach Auffassung zumindest des rechten Flügels der Union offenbar schon hinreichend, nicht als arm zu gelten. Lautstarken Widerspruch gab es neben Tafeln und Sozialverbänden nur von der LINKEN. Wenig später, die Diskussion hatte sich noch nicht gelegt, preschte der politische Schnell-Karrierist Spahn mit seinen persönlichen Moralvorstellungen erneut an die Öffentlichkeit und forderte ein Werbeverbot für Abtreibungen. Gemeint ist hier allerdings, wie in einem Gerichtsverfahren gegen eine Frauenärztin festgestellt, nicht das, was allgemein als Werbung gilt, sondern schon bereits nur der Hinweis auf einer Praxishomepage, dass dort auch über Schwangerschaftsabbrüche informiert wird. Unterdessen zündelte Horst Seehofer, widerwillig unter dem Druck seiner eigenen Parteibasis als Ministerpräsident in Bayern abgetreten und mit einem kombinierten Bundes-Innen-, -Bau- und Heimatministerium weich gelandet, der Islam gehöre nicht zu Deutschland, und grenzte damit mit leichter Hand Millionen Menschen aus. Leichter Schaum vorm Mund der Bundeskanzlerin interessierte ihn dabei wenig. Erschreckend ist, wie unverhohlenen Unionspolitiker derweil am rechten politischen Rand im trüben fischen, aber auch, wie wenig Kritik aus der eigenen Partei und auch vom Koalitionspartner SPD kommt, wenn hier offene Anbiederung bei AfD-Positionen stattfindet. Klar Position für ein weltoffenes Land, in dem die Menschen selbstbestimmt leben können, beziehen hier neben vereinzelt Grünen-Politikern nur die Abgeordneten der LINKEN.

JUNG UND AKTIV

Der Rechtsentwicklung in Deutschland entgegengetreten

DIE LINKE wächst. Am stärksten im Bereich der unter 35-Jährigen. In den letzten beiden Jahren gab es Ereignisse, die insbesondere junge Genoss*innen motivierten in DIE LINKE einzutreten, zum Beispiel nach der Wahl Trumps 2016 zum neuen US-Präsidenten oder nach den Bundestagswahlen 2017. In den ersten vier Tagen nach dieser traten weit über 1000 neue Mitglieder bundesweit in DIE LINKE ein.

Unsere Genossin Jacqueline Kiefer entschied sich vor zwei Jahren Mitglied zu werden. Die 24-jährige Studentin war erst ehrenamtlich in der Geflüchtetenhilfe aktiv, bevor sie in DIE LINKE eintrat. „Die direkte Hilfe für Geflüchtete hat mir sehr gefallen, nur wollte ich auch nachhaltig etwas in der Gesellschaft ändern. Für mich hieß das, dass ich mich politisch betätigen muss“, sagt Jacqueline. Sie ist seit Oktober 2017 stellvertretendes Mitglied im städtischen Jugendhilfeausschuss. „In der LINKEN wird vor allem die Mitgestaltung großgeschrieben. Man ist nicht nur auf dem Papier Mitglied, sondern wird motiviert mitzumachen.“

Der momentane Wachstumstrend geht auch am Kreisverband Düsseldorf nicht vorbei. Hier verzeichneten wir innerhalb eines Jahres (Stichtag

1.4.2017) fast 100 Neueintritte. Insbesondere unsere Jugendorganisationen profitieren davon. Denn von den Eintritten sind 53 Genoss*innen unter 35. Damit ist Jacqueline nicht die einzige junge Genossin, die sich engagiert. In Düsseldorf wächst sowohl die Linksjugend ‚solid als auch die örtliche Gruppe des Studierendenverbandes der LINKEN. Die SDS-Gruppe (Sozialistisch-Demokratischer-Studierendenverband) trifft sich wöchentlich an der Universität und auch hier gibt es Zulauf von

Sympathisant*innen, die sich entweder hochschulpolitisch oder gesellschaftlich einbringen wollen.

Jacqueline ermutigt die Beteiligung der jungen Genoss*innen: „Es ist wichtig, dass sich die Jugend politisch organisiert. Nur so können wir eine soziale Politik durchsetzen und dem Rechtsruck in Deutschland entgegengetreten.“ Sie möchte sich dafür einsetzen, dass Jugendpolitik zu einem eigenen Schwerpunkt im nächsten Kommunalwahlprogramm wird.



LINKE-Mitglied Jacqueline Kiefer im Wahlkampf

Foto: © Marcel Bauer

Einmischen lohnt sich

Bürgerinitiative hat dreiste Pläne der Deutschen Bahn ausgebremst

Der Rheinblick interviewte Dr. Dieter Sawalies, Bezirksvertreter der LINKEN im Stadtbezirk 3 und Gründer der Bürgerinitiative BI-RRX.de gegen die Pläne der Bahn zum Ausbau des Rhein-Ruhr-Express (RRX) in Düsseldorf.

Worin liegt das Problem des RRX-Ausbaus?

Den Ausbau an sich unterstütze ich – Verkehr von der Straße auf die Schiene zu verlegen ist dringend notwendig. Natürlich befürworte ich auch Lärmschutzmaßnahmen, nicht zuletzt, weil ich als Anwohner selbst von dem Lärm betroffen bin.

Das Problem liegt darin, dass die Bahn eine 10,50 Meter hoch aufragende Lärmschutzwand über mehrere Kilometer zwischen Wehrhahn und Reisholz, also mitten durch die Düsseldorfer Innenstadt, plant. Neben der grässlichen Optik hätte dies auch verheerende Folgen für die Luftqualität in der Stadt – nicht nur will die Bahn für bis zu 71 Bäumen an der Gustav-Poensgen-Str. die Fällgenehmigung, es würde auch eine wichtige Frischluftschneise für die Stadt abgeschnitten werden.

Zudem hat die Bahn versucht, die Planung intransparent und ohne Einbindung der Öffentlichkeit durchzusetzen. Man hatte das Gefühl, die Entscheidung würde in der DB-Zentrale in Berlin getroffen werden.

Es ist möglich mit viel niedrigeren Wänden direkt am Gleis effektiveren Lärmschutz zu schaffen. Die dann nur einen Meter hohen Wände fangen den Schall an der Quelle ab. In anderen deutschen Städten ist diese Variante bereits im Einsatz.

Warum setzt dann die Bahn nicht auf diese niedrigeren Wände?

Die Variante erfordert eine passgenaue Fertigung für den jeweiligen Streckenabschnitt. Das kostet natürlich viel mehr Geld als das Modell von der Stange.

Wie kam es zu der Gründung der BI-RRX.de?

Als ich von den folgenschweren Plänen erfahren habe, war ich empört darüber, dass die Stadt der Bahn das einfach so durchgehen lassen wollte. Ich war mir sicher, dass die Bürger*innen mit den Plänen nicht einverstanden sein würden. Für die Gründung der BI habe ich dann im März letzten Jahres zunächst auf meine Mitstreiter*innen von der Düssel-



Dieter Sawalies

Foto: © J. Heinen / Rheinblick

bewegt, bewegen wir eben die Politik.“ Es wurden Kleingruppen gebildet, die sich jeweils um Flugblätter, Webseite, Spenden, usw. gekümmert haben. Jede/r hat sich dort eingebracht, wo ihre/seine Stärken liegen. Dadurch war die Gruppe sehr effektiv.

Hat sich das Einmischen denn gelohnt?

Definitiv! Wir haben es in kurzer Zeit geschafft, über 2.400 Einwände von Bürger*innen einzureichen, die nun von der Bezirksregierung geprüft werden müssen. Zudem sind die Stadtverwaltung und der Rat endlich aufgewacht: Die Stadt hat selbst als Betroffene eigene Einwände ausgearbeitet, in denen sogar unsere Forderungen enthalten sind.

Eine große Wirkung wurde auch über die Presse entfaltet. Lokale Medien wie RP und WDR haben mehrfach berichtet und damit für eine breite Öffentlichkeit gesorgt. Der Bahn und der Stadt blieben gar nichts anderes übrig, als sich mit unseren Forderungen auseinander zu setzen.

Wie geht es nun weiter?

Erstmal müssen wir die Entscheidung der Bezirksregierung abwarten. Wir hoffen darauf, dass neue Gutachten gefordert werden, in denen die Alternativen eines städtebaulich verträglichen, modernen Lärmschutzes geprüft werden. Da die Bürger*innen genau hinsehen werden, sind wir optimistisch.



So könnte die Gustav-Poensgen-Straße in Zukunft aussehen

Fotomontage: © BI-RRX.de

Wer trifft denn die Entscheidung?

Das sogenannte Planfeststellungsverfahren muss durch die Bezirksregierung in Düsseldorf durchgeführt werden. Jedoch hat die Bahn die gesetzliche Verpflichtung, einen Lärmschutz zu errichten. Am Ende liegt die Entscheidung beim Eisenbahnbundesamt. Die Stadt kann diese akzeptieren oder dagegen klagen.

Gibt es denn Alternativen?

Ja, das ist der springende Punkt:

dorfer Baumschutzgruppe zurückgegriffen. Zusammen mit denen habe ich eine erste Flugblattaktion auf dem Fürstenplatz gestartet, worauf sich 150 Menschen zum Mitmachen gemeldet haben, die mit den Plänen nicht einverstanden waren.

Zur ersten Versammlung gab es so starken Andrang, dass gar nicht alle in den Veranstaltungsraum gepasst haben. Der Tenor lautete: „Wenn die Politik sich nicht

Dicke Profite mit dicker Luft

Verkehr erzeugt Belastung, und diese Belastung ist sehr ungleich verteilt. Besonders zu spüren bekommen dies Menschen, die an den großen Hauptverkehrswegen wohnen. Die Corneliusstraße ist hier nur ein Extrembeispiel. Lärm und Unfallgefahren, Feinstaub aus Abgas und Abrieb, aber auch viele andere Bestandteile der Abgase belasten die Anwohnerinnen und Anwohner besonders. Leider hat sich die Volkswirtschaft über Jahrzehnte auf immer mehr Verkehr, und gerade auch Individualverkehr, eingerichtet, was nicht kurzfristig zu revidieren ist. Dennoch haben gerade die Menschen an den stark belasteten Stellen einen Anspruch, ihre Last mindestens weit möglichst zu reduzieren. Der Gesetzgeber bemüht sich über Grenzwerte zumindest, dem gerecht zu werden, was jedoch viele Autokonzerne, allen voran VW, über Jahre überhaupt nicht interessierte. Gesetzesvorgaben wurden schlicht absichtlich ignoriert. Normale Menschen, die Vorschriften nicht einhalten, müssen den angerichteten Schaden wieder gut machen und bekommen obendrein eine Strafe. Für Autokonzerne gilt bisher nichts davon. Partikelfilter gegen Dieselruß wären für viele Fahrzeuge mit vertretbarem Aufwand nachrüstbar und würden die Belastung spürbar senken. Die Industrie aber drückt sich mit lauen Softwareupdates, die fast nichts bringen, um ihre Verantwortung, während gerade VW Gewinne wie noch nie schreibt. Man hat weder gegenüber den gesundheitlich geschädigten Menschen noch den geprellten Fahrzeugbesitzerinnen und -besitzern die geringste Reue oder Verantwortung. Man schlägt im Gegenteil noch fleißig weiter Profit aus der selbst verursachten Lage, indem man denjenigen, die es bezahlen können, flugs noch größere, schwerere, stärkere Neuwagen mit dem fragwürdigen Label „umweltfreundlich“ verkauft. DIE LINKE fordert, die Konzerne für die von ihnen verursachten Schäden endlich in die Pflicht zu nehmen und es muss schnellstens Überlegungen und Planungen für neue, menschen- und umweltverträgliche Verkehrskonzepte geben. Ein wichtiger Schritt wäre der von der LINKEN seit Jahren geforderte umlagefinanzierte, fahrscheinfreie Nahverkehr.

Wie schön ist Düsseldorf

Vor und hinter den Kulissen einer wohlhabenden Stadt

Neben der Glamour-Stadt der Wohlhabenden und Reichen besitzt Düsseldorf auch viele Quartiere der bescheidenen bis ärmeren Menschen. Auch das sind, wenig wahrgenommen, Seiten der Landeshauptstadt. Der Rheinblick zeigt in einer Bilderstrecke einige Schlaglichter.



Düsseldorfs Stadtbere, allen voran Oberbürgermeister Geisel, lieben den großen Auftritt im Namen der protzenden Landeshauptstadt, egal ob beim Grand Depart oder auf Immobilienmessen. Doch neben den Glamour-Ecken der Wohlhabenden und Reichen besitzt Düsseldorf auch viele Quartiere der bescheidenen bis ärmeren Menschen, die in der Öffentlichkeit wenig wahrgenommen werden.

Einander gegenübergestellt zeigt der Rheinblick einige wenige Schlaglichter ohne weitere Worte.



Rentenklau bei Zeitungszusteller*innen – Beitragsnachlass für die Verleger*innen

Für die geringfügig beschäftigten Zeitungszusteller*innen sollen die Unternehmensbeiträge zur Rentenversicherung von aktuell 15 auf 5 Prozent abgesenkt werden, so vereinbart im Koalitionsvertrag. Zahlten die Unternehmen bisher pro Zusteller*in und Monat 67,50 € Rentenbeitrag, so sollen es künftig bis zum 31.12.2022 nur noch 22,50 € sein. Hiervon wären laut Medienmagazin ZAPP vom 21.3.2018 ca. 140.000 Personen betroffen.

Begründet wird der Beitragsnachlass für die Unternehmen mit der „Sicherung der bundesweiten Versorgung mit Presseerzeugnissen“, womit die Regierung einer Forderung der Bundesvereinigung der Zeitungsverleger nach Entlastungen aus dem Januar 2018 nachgibt. Eine Ausgleichsregelung zu Gunsten der Zeitungszusteller*innen, wie in „Menschen bei Maischberger“ am 21.2.2018 aus dem Hut gezaubert, ist im Koalitionsvertrag nicht vorgesehen.

Schon bis zum 31.12.2017 vom gesetzlichen Mindestlohn ausgenommen, werden sie nun bei der Rentenversicherung benachteiligt. Der geplante Raubzug der großen Koalition muss schleunigst gestoppt werden.

Die Übernahme der Beitragsausfälle aus der Steuerkasse als Extrawurst für die Zeitungsverlage ist ebenso wenig akzeptabel wie die Abwälzung auf die übrigen Beitragszahler*innen zur Rentenversicherung.

IMPRESSUM

Rheinblick

Herausgeberin:

Kreisverband DIE LINKE.
Corneliusstr. 108
40215 Düsseldorf

Redaktion:

Julia Heggemann, Peter Kirchner, Olaf Nordsieck, Dietmar Liebetanz, Florian Heinrichs, Martin Wähler, Birgit und Wolfgang Spahr, Josef Heinen (Bilder), weitere Mitarbeitende: Natalie Meisen, Helmut Born, Udo Bonn

Tel: 0211 933 60 81

email: kontakt@die-linke-duesseldorf.de

web: www.die-linke-duesseldorf.de

V.i.S.d.P.: Udo Bonn

Druck: Berliner Zeitungsdruck

Auflage: 30.000

Diesel-Fahrverbot droht

Die Stadt hatte Jahre Zeit, um etwas gegen Abgase zu unternehmen. Passiert ist nichts. DIE LINKE fordert eine Verkehrswende. **S.3**

Frauenpreis? Ach was!

DIE LINKE forderte einen Frauenpreis. Herausgekommen ist etwas ganz anderes. Jetzt können selbst Firmen den Frauenpreis erhalten. **S.4**

Demokratie-Desaster

Ein Lehrstück in Sachen Demokratie zeigt ein Bauvorhaben in Reisholz. Der gesamte Stadtrat lehnte dies ab. Außer OB Geisel. DIE LINKE klagt. **S.5**

Wohnraum sofort

Die Wohnungssituation in Düsseldorf ist eine Katastrophe. Sagt jeder. DIE LINKE fordert die Stadt auf, selber zu bauen. Macht sie aber nicht. **S.6**

Kahlschlag machen



Foto: © Can Stock Photo / ctacik

Braucht Düsseldorf ein Open-Air-Gelände?

160 Bäume sollen geopfert werden

Auf dem Parkplatz P1 an der Messe soll nicht nur für das Ed-Sheeran-Konzert im Juli ein Open-Air-Gelände entstehen. Nach den Planungen der städtischen Gesellschaft Düsseldorf Congress & Sport Event (DCSE) soll auf diesem Gelände ein dauerhafter Open-Air-Park entstehen.

In diesem Park werden keine Bäume stehen, denn von den noch vor kurzem vorhandenen Bäumen sind ca. 60 „umgesetzt“ worden. Über 100 weitere sollen gefällt werden. Bäume, die älter sind als acht Jahre, können nicht umgesetzt werden. Auch bei den umgesetzten Bäumen, die samt Wurzel ausgegraben und an anderer Stelle wieder eingepflanzt wurden, ist es fraglich, wie viele diese Aktion überleben werden.

Das Vorhaben wurde bisher in keinem Gremium besprochen bzw. entschieden. Es wurde auch noch keine Baugenehmigung erteilt. Trotzdem sind mit der Umsetzung der Bäume bereits Fakten geschaffen worden.

Konkurrenz für die Arena

Abgesehen von den Bäumen sind viele Punkte noch zu klären. Der Open-Air-Park soll in unmittelbarer Umgebung der Arena entstehen und ca. 80.000 BesucherInnen

Platz bieten. Damit wird der Arena direkte Konkurrenz gemacht, die seit Errichtung jedes Jahr städtische Zuschüsse in zweistelliger Millionenhöhe benötigt.

Chaos vorprogrammiert

Die bisher als Parkplatz genutzte Fläche steht den BesucherInnen des Open-Air-Geländes nicht zur Verfügung. Der Messeparkplatz wird zurzeit auch als Parkplatz für die Kirmes genutzt, von dort aus bringt ein Shuttle-Dienst der Rheinbahn die BesucherInnen zur Kirmes. Ausgerechnet am letzten Wochenende der Kirmes mit Feuerwerk ist das Ed-Sheeran-Konzert angesetzt.

Für 80.000 BesucherInnen muss auch die nötige Infrastruktur, wie z. B. sanitäre Einrichtungen geschaffen werden. Die Sicherheitsvorkehrungen für Konzerte dieser Dimension sind noch gar nicht geklärt.

Beschlüsse ohne Bevölkerung

Das heißt, es ist überhaupt noch nicht diskutiert worden, ob Düsseldorf ein Open-Air-Gelände braucht und ob der Messeparkplatz ohne Alternativen ist. Die DCSE hat diesen einsamen Beschluss gefasst und die Stadtverwaltung geht davon aus, dass er auch umgesetzt wird. Dabei

gibt es massiven Widerstand aus der Bevölkerung. Eine Petition für den Erhalt der Bäume hat innerhalb einer Woche über 2.000 Unterschriften erhalten.

Studie gefordert

Aus diesen Gründen hat DIE LINKE Ratsfraktion im Rat der Stadt Düsseldorf einen Antrag eingereicht.

Gefordert haben wir, dass vor einer Entscheidung erst einmal eine Studie erstellt und den zuständigen Gremien vorgelegt wird. In dieser Studie soll darauf eingegangen werden, ob Düsseldorf überhaupt ein Open-Air-Gelände braucht und ob es ggf. Alternativ-Standorte zum Messeparkplatz gibt. Alle oben genannten Punkte sollen untersucht werden. Bis zur Vorlage dieser Studie und der endgültigen Entscheidung sollen sämtliche weiteren Arbeiten auf dem Messengelände eingestellt werden.

Es kann nicht sein, dass die DCSE darüber entscheidet, ob und wo ein solches Vorhaben umgesetzt wird. Bei der Planung eines Open-Air-Geländes handelt es sich um ein Vorhaben von gesamtstädtischer Bedeutung, das nicht nur in den politischen Gremien, sondern auch in der Stadtgesellschaft diskutiert werden sollte.

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

in letzter Zeit ist immer wieder festzustellen, dass in der städtischen Verwaltung Entscheidungen an der Bevölkerung vorbei getroffen werden. Nicht einmal die politischen Gremien sind eingebunden. Sei es der Bauvorbescheid für das Grundstück Am Trippelsberg 100 oder das Open-Air-Gelände auf dem Messeparkplatz. Über beide Vorhaben berichten wir in der aktuellen Ausgabe. Die Liste der Projekte und Vorhaben ließe sich beliebig erweitern.

Dabei haben sich die an der Ampel-Kooperation beteiligten Fraktionen SPD, Grüne und FDP in ihrer Kooperationsvereinbarung auf mehr Transparenz bei Verwaltungsentscheidungen und mehr Bürgerbeteiligung verständigt. Allerdings saß der Chef der Verwaltung, der Oberbürgermeister (SPD), nicht mit am Tisch und es scheint so, dass bisher niemand ihm die Vereinbarung zugeschickt hat.

Zwar gibt es jetzt mehr Informationsveranstaltungen als noch zu Zeiten der CDU-Oberbürgermeister. Von einer echten Beteiligung der Einwohnerinnen und Einwohner sind wir aber noch weit entfernt. Kritik und Anregungen, die auf den Informationsveranstaltungen vorgebracht werden, verschwinden meistens in der nächsten Schublade. Trotzdem ist es notwendig, dass sich möglichst viele Menschen bei möglichst vielen Gelegenheiten zu Wort melden und damit zeigen, dass die Bevölkerung auch mitentscheiden will.

Ihre R(h)einblick-Redaktion

Ratsfraktion DIE LINKE. Düsseldorf
Luegallee 65
40545 Düsseldorf

Telefon 0211 - 89-95123
Bürozeiten: Mo.- Fr. von 10-14 Uhr

info@linksfraktion-duesseldorf.de
www.linksfraktion-duesseldorf.de
facebook.com/LinksfraktionDuesseldorf

33.238 Arbeitslose in Düsseldorf = 9,9%

DIE LINKE Ratsfraktion Düsseldorf veröffentlicht monatlich die tatsächliche Arbeitslosenzahl für Düsseldorf. Dies ist notwendig, da die offizielle Arbeitslosenzahl kein Abbild der Wirklichkeit darstellt. Um die Anzahl der Arbeitslosen niedriger darzustellen, wird bei der offiziellen Zahl ein großer Teil der Arbeitslosen einfach herausgerechnet.

So werden Arbeitslose, die krank sind, einen Ein-Euro-Job haben, von privaten Arbeitsvermittlern betreut werden oder an Weiterbildungen teilnehmen, nicht als arbeitslos gezählt. Fast alle Arbeitslosen, die älter als 58 sind, erscheinen ebenfalls nicht in der offiziellen Zahl. Durch diese Tricks verändert sich die Arbeitslosenzahl stark: Die offizielle Zahl in Düsseldorf lag im März 2018 bei 22.995 (offizielle Arbeitslosenquote 6,9%). Entnommen wird diese Zahl dem monatlich erscheinenden Bericht der Bundesagentur für Arbeit. In den Anlagen des Berichts findet sich jedoch auch die Zahl der „Unterbeschäftigung im engeren Sinne“, in der die oben genannten Gruppen nicht herausgerechnet sind.

Diese tatsächliche Arbeitslosenzahl liegt mit 33.238 um 10.243 Personen höher, als die schön gerechnete offizielle Zahl. Dort wird ebenfalls aufgeführt, dass lediglich 6.489 freie Arbeitsstellen im März gemeldet waren. In dieser Zahl sind auch Stellen enthalten, die nicht sozialversicherungspflichtig und keine Vollzeitstellen sind. Die genauen Zahlen finden Sie auf unserer Webseite: www.linksfraktion-duesseldorf.de.

100 Jahre Novemberrevolution

Aufgrund eines Antrages der LINKEN beauftragte der Kulturausschuss die Stadtverwaltung, ein Konzept für ein Veranstaltungsprogramm zum 100-jährigen Jubiläum zu erstellen. Ab dem 8. November 1918 kam es auch in Düsseldorf zu revolutionären Umbrüchen in Folge des Endes des Ersten Weltkrieges. Es kam zu Unruhen und Auseinandersetzungen durch reaktionäre Kräfte, die bis April 1919 anhielten. Von diesen einschneidenden Ereignissen ist im Düsseldorfer Stadtbild nichts zu sehen. Damit an diese Zeit endlich erinnert wird, hat DIE LINKE diesen Antrag gestellt.

Dunkle Zeiten 6.000 Wohnungen ohne Strom

Im vergangenen Jahr gab es in Düsseldorf insgesamt 7.273 Strom-, Gas- und Wassersperren – das ergab eine Anfrage der LINKEN im Sozialausschuss. Davon entfielen 6.357 Sperrungen auf die Stromversorgung, 749 auf die Gasversorgung und 167 auf die Wasserversorgung. Eine solche Sperrung bedeutet, dass es kein Licht, keine Heizung oder nicht einmal fließendes Wasser gibt.

Für viele Menschen mit durchschnittlichem oder niedrigem Einkommen stellen die hohen Energiekosten eine enorme Belastung dar. Wenn eine unerwartete Ausgabe hinzukommt, kann die Energierechnung oftmals nicht sofort beglichen werden. Da Energiesperren rechtlich völlig unterreguliert sind und ohne Gerichtsbeschluss vollzogen werden können, führt dies dann häufig zu einer Sperrung.

Erschwerend kommt hinzu, dass in einem solchen Fall noch eine Reihe zusätzlicher Kosten erhoben werden: 55 Euro sind alleine für die Absperrung zu zahlen; die Wiederherstellung der Versorgung kann bis zu 157 Euro kosten.

Die Versorgung mit Energie ist Grundvoraussetzung für ein menschenwürdiges Wohnen. DIE

LINKE fordert auf Bundesebene daher ein Sockel-Tarifmodell mit entgeltfreien Grundkontingenten. Auf diesem Wege würden Sperrungen überflüssig und



Die freundlichen Herren sind mal wieder da Foto: (CCO) pixabay

Haushalte mit geringem oder durchschnittlichem Verbrauch entlastet.

Doch auch auf kommunaler Ebene sind Verbesserungen möglich. So beantragte DIE LINKE in Düsseldorf, dass die Stadtwerke einen vergünstigten Sozialtarif einführen. Zudem forderten wir die Einrichtung einer Energiesicherungsstelle, welche von der Versorgungseinstellung bedrohten Haushalten ein Hilfeangebot unterbreiten sollte. Beide Anträge wurden abgelehnt.

Daraufhin beantragten wir, zumindest ein analoges Modell zum Hannoveraner „energycity-Härtefonds zur Vermeidung von Energiesperren“ umzusetzen. Dieser Fonds bietet eine finanzielle Unterstützung für Härtefälle an, die besonders von den Auswirkungen einer Sperrung betroffen wären (z.B. aufgrund hohen Alters, gesundheitlicher Einschränkungen oder wenn Kinder im Haushalt leben).

Viele Sperrungen konnten in Hannover so verhindert werden. Aufgrund des LINKEN-Antrags wird im städtischen Sozialausschuss demnächst mit Vertretern des energycity-Härtefonds und der Stadtwerke beraten, wie ein solches Modell in Düsseldorf umgesetzt werden kann.

Straßennamen und ihre Bedeutung Alle Düsseldorfer Straßen und Plätze werden überprüft

Der R(h)einblick berichtet regelmäßig über Düsseldorfer Straßennamen, mit denen Kolonial-, Naziverbrecher oder ihre Unterstützer geehrt werden. Die Ratsfraktion DIE LINKE hatte im Kulturausschuss die Initiative gestartet alle Namen von Straßen und Plätzen auf problematische Hintergründe oder Bezüge zu überprüfen.

Kommission zur Überprüfung wird eingesetzt

Dem ist der Ausschuss in der März-sitzung nun nachgekommen. Einstimmig wurde dazu ein von der Stadtverwaltung vorgelegtes Konzept beschlossen.

Im besonderen Fokus der Prüfung sollen historisch belastende Faktoren stehen, die eine Straßenbenennung problematisch machen. Hierzu zählen: Verbrechen im Kontext des Kolonialismus, Verbindung der Personen mit Rassismus, Antisemitismus, Minderheitenverfolgung, Chauvinismus oder Militarismus sowie biografische Bezüge zur NS-Diktatur, zur NSDAP oder ihren

Gliederungen bzw. angeschlossenen Verbänden. Zudem soll geprüft werden, welche zeitgenössischen Benennungen aus dem Nationalsozialismus nach wie vor gültig sind. Neben der Benennung nach Personen werden auch Straßen untersucht, die kolonialgeschichtliche oder militärhistorische Bezüge haben. Die Überprüfung wird im Sommer 2018 starten und voraussichtlich 18 Monate dauern.

Ende 2016 gab es insgesamt 3.439 Straßen, Wege und Plätze in Düsseldorf. Der mit ca. 70% überwiegender Anteil ist personenunabhängig, beispielsweise nach historischen Ortsbezügen, Städten, Pflanzen, Baumarten etc., benannt. Es folgen die Benennungen nach Männern mit einem Anteil von 27% und die Namensgebungen nach Frauen mit nur ca. 3%.

Die Prüfung wird hauptverantwortlich durch das Stadtarchiv und die Mahn- und Gedenkstätte Düsseldorf durchgeführt werden. Gleichzeitig wird ein wissenschaftlicher Beirat einberufen, in dem u.a. auch jeweils ein Vertreter oder

Vertreterin der im Kulturausschuss vertretenen Ratsfraktionen be sitzen, jedoch ohne Stimmrecht. Dennoch können auch die Kulturausschussmitglieder Straßenüberprüfungen vorschlagen, bzw. eigene Gutachten in Auftrag geben. Dies ist wichtig, weil es mit Sicherheit bei einigen Straßenbenennungen zu Differenzen der Einstufung kommen wird. Die Einstufung erfolgt unter drei Kategorien:

A) schwer belastet / nicht haltbar

B) diskussionswürdig, teilweise belastet, Abwägungsprozess notwendig (hier wären auch erläuternde Informationen im öffentlichen Raum denkbar)

C) unbelastet

Eine Einstufung als „schwer belastet“ führt nicht automatisch zu einer Umbenennung. Dies bestimmt letztendlich der Stadtrat.

DIE LINKE Ratsfraktion freut sich, dass der Kulturausschuss die Überprüfung aller Straßennamen beschlossen hat und hofft, dass die Benennung nach problematischen Personen und Bezügen nun öffentlich ein Thema wird.

Stadt riskiert Diesel-Fahrverbot

DIE LINKE fordert eine sozial-ökologische Verkehrswende

Das Bundesverwaltungsgericht hat im Februar Fahrverbote für alte Diesel-PKW für zulässig erklärt, um die Luftbelastung in Innenstädten auf ein gesetzlich erlaubtes Maß zu senken. Dieses Urteil ist ein Weckruf: 300.000 Berufspendler machen Düsseldorf zur Pendlerhauptstadt NRWs. Diese Verkehrsbelastung führt auch zur zweithöchsten Belastung in ganz NRW beim gesundheitsschädlichen Stickstoffdioxid (NO₂). Die Messwerte an der Corneliusstraße überschreiten gesetzliche Grenzwerte teils um ein Vierfaches. Jahrelang hat die Stadt trotz Kritik von Greenpeace, Deutscher Umwelthilfe und der LINKEN nichts unternommen, um Verkehr und Luftbelastung zu reduzieren. Auch jetzt noch weist SPD-Oberbürgermeister Geisel jede Verantwortung für drohende Fahrverbote von sich. Er hofft, die Dieselabgaskrise auszusitzen, bis sich das Problem der Luftverschmutzung durch Nachrüstung oder Ausmusterung alter Motoren irgendwann von selbst löst. Die Deutsche Umwelthilfe aber hat bereits gedroht, zeitnah eine Zwangsvollstreckung des Urteils gegen alte Diesel-PKW zu beantragen.

Einhaltung der Gesetzesvorschriften erst ab 2022 geplant

Erst ab 2022 will die Stadt die Gesetzesvorgaben beim erlaubten „Jahresmittelwert“ für NO₂ bezogen auf den „Durchschnitt“ im gesamten Stadtgebiet einhalten. Dieser Durchschnittswert heißt aber, dass an viel befahrenen Straßen die NO₂-Konzentration gesundheitsschädlich hoch bleiben kann. DIE LINKE fordert, dass überall in der Stadt die gesetzlichen Grenzwerte an gesundheitsschädlichem NO₂ eingehalten werden. Der PKW-Verkehr müsste dazu an der Corneliusstraße laut

einem Gutachten des Ingenieurbüros Lohmeyer um 60 Prozent abnehmen. Das ist nur erreichbar, wenn die Stadt auch PendlerInnen davon überzeugt, auf besonders belasteten Strecken auf den ÖPNV umzusteigen. Deshalb muss die Stadt allen VerkehrsteilnehmerInnen so schnell wie möglich Angebote machen, die kostengünstig, komfortabel und vor allem schneller als der Individualverkehr sind. Gerade an Verkehrsbrennpunkten müssen mehr Bahnen und Busse dicht getaktet auf eigenen Spuren fahren. Die Rheinbahn muss ihre Kapazitäten deutlich ausbauen, um mehr Pendler zu befördern. Kostenlos nutzbare Parkplätze



Paris macht es vor: Strand statt Autos

Foto: (CC BY 2.0) wikipedia/besopha

im Außenbereich der Stadt müssen ausreichend zur Verfügung stehen.

Eine sozial-ökologische Verkehrswende wagen

Um das anzustoßen, stellt DIE LINKE im Stadtrat am 3. Mai den Antrag, dass sich Düsseldorf bei der Bundesregierung um die Förderung eines Feld-

versuchs für einen kostenlosen ÖPNV bewirbt. Düsseldorf muss es anderen europäischen Großstädten endlich gleichtun und entschiedene Schritte zu einer ökologischen Verkehrswende gehen.

Als sichtbares Zeichen für diesen Willen soll sich die Stadt an der Europäischen Mobilitätswoche beteiligen und als Höhepunkt am 22. September einen autofreien Tag durchführen. Als kurzfristig wirksame Maßnahme stellt DIE LINKE außerdem den Antrag auf Einführung einer Tempo-30-Zone in der Innenstadt. Tempo 30 führt bei hohen Verkehrsdichten dazu, dass der Verkehr

besser fließt und Benzinverbrauch und Abgasbelastung um zehn Prozent sinken. Die Politik der LINKEN im Stadtrat zielt auf eine sozial-ökologische Verkehrswende durch Entlastung der Verkehrsadern und der Umwelt, damit sich Gesundheit und Lebensqualität aller Düsseldorferinnen und Düsseldorfer verbessern.

In 22 Jahren ist Schluss

Düsseldorf gehen die Grundstücke aus

Die Mieten auf dem Düsseldorfer Wohnungsmarkt steigen immer weiter an. Mit neun bis zwölf Euro pro Quadratmeter muss man bei der Wohnungssuche rechnen. Gleichzeitig stopft die SPD-Grüne-FDP Ratsmehrheit Haushaltslöcher mit Grundstücksverkäufen – genau wie vor ihr die CDU-FDP-Ratsmehrheit. DIE LINKE hat im städtischen Ausschuss für Liegenschaften nachgefragt, wie viele für Wohnungsbau geeignete Grundstücke noch in städtischem Besitz sind und wie viele im letzten Jahr verkauft wurden.

Die Stadtverwaltung gab zur Antwort, dass aktuell noch 53 Hektar Land potentiell für Wohnungsbau geeignet sind. Allein im Jahr 2017 hat die Stadt über

2,4 Hektar an Wohngrund verkauft. Geht der Grundstücksverkauf in diesem Tempo weiter, besitzt die Stadt in 22 Jahren überhaupt keine Grundstücke mehr, um Wohnungen darauf zu errichten.

Die Anfrage der LINKEN hat auch ergeben, dass im Jahr 2017 über 65,5 Mio. Euro mit Grundstücksverkäufen eingenommen wurden; 9,6 Mio. Euro davon für Wohnungsbaugrundstücke. Mit den verkauften Grundstücken verdienen Immobilienfirmen und Wohnungsspekulanten anschließend Unsummen. Allein 2017 wurden auf dem Düsseldorfer Immobilienmarkt 3,1 Milliarden Euro umgesetzt, wie Oberbürgermeister Geisel auf der Immobilienmesse in Cannes

stolz verkündete. Zudem werden auf den verkauften Grundstücken in der Regel keine bezahlbaren Wohnungen errichtet; die Mieten steigen weiter.

DIE LINKE fordert darum, dass grundsätzlich keine städtischen Grundstücke mehr verkauft werden. Durch Verkäufe gibt die Stadt für einen kurzfristigen Gewinn die Kontrolle über die Nutzung von Grundstücken ein für alle Mal auf. Städtische Grundstücke sollten nach Auffassung der LINKEN genutzt werden, damit darauf bezahlbare Wohnungen durch die Stadt errichtet werden. So kann die Stadt Druck aus dem Wohnungsmarkt nehmen. Die anderen Fraktionen sperren sich gegen eine soziale Wohnungspolitik.

Frauenhäuser überfüllt und nicht barrierefrei

Alle von Gewalt betroffenen Frauen sollen einen einfachen Zugang zu einem Frauenhaus bekommen können. Allerdings wird die Suche nach einem geschützten Raum immer schwieriger. Frauenhäuser sollen seelisch und körperlich bedrohten Frauen persönlichen Schutz und Sicherheit geben, nur werden wegen Platzmangels immer mehr Frauen von den Düsseldorfer Frauenhäusern abgelehnt. Aus einer Anfrage der LINKEN im Gleichstellungsausschuss geht hervor, dass ein katastrophaler Mangel an Frauenhausplätzen besteht – allein im vergangenen Jahr wurden 260 Frauen abgelehnt. Laut Empfehlung des Europarates sollte ein Frauenhausplatz pro 7.500 EinwohnerInnen vorhanden sein. Um dieser Empfehlung zu entsprechen, bedarf es in Düsseldorf dreimal so vieler Frauenhausplätze. Davon ist Düsseldorf weit entfernt. Erschreckend ist auch, dass die Düsseldorfer Frauenhäuser nicht barrierefrei sind und keine Hilfsangebote für Frauen mit körperlicher oder geistiger Beeinträchtigung anbieten.

Ein Drittel der Abgeschobenen sind Kinder

Die Bundesregierung möchte von der Flucht nach Deutschland abschrecken und möglichst viele Asylanträge ablehnen können. Dazu erklärt sie auch mal pauschal ein Bürgerkriegsland für sicher und hält Schutzsuchende über Jahre in einem rechtlichen Schwebezustand. Das verhindert Integration und bringt große Belastungen für die Betroffenen.

Im Stadtrat hat DIE LINKE Ratsfraktion nach der Abschiebepaxis in Düsseldorf gefragt. Es wurde vor allem in die Balkanstaaten und Russland, Marokko, den Iran und den Irak abgeschoben. In Düsseldorf traf es 108 Männer und 50 Frauen. Fast ein Drittel waren Kinder; 45 Minderjährige, die zum Teil nur Deutschland als Heimat kennen, wurden mit ihren Familien abgeschoben.

Zwei dieser Familien hatten bis zur letzten Minute gehofft, als Härtefälle anerkannt zu werden. Vor diesem Hintergrund ist es beschämend, dass hohe Abschiebezahlen von Parteien der „Mitte“ als Erfolge dargestellt werden. Die unmenschliche Abschiebepaxis muss beendet werden.

NS-Raubkunst in städtischen Museen

Bei Raubkunst handelt es sich um Kunstwerke, die durch den NS-Staat geraubt bzw. NS-verfolgungsbedingt entzogen wurden. Auch in den Düsseldorfer Kunst- und Kultur-einrichtungen gibt es Raubkunst – mehrere Kunstwerke musste die Stadt bereits an die rechtmäßigen Besitzer zurückgeben. Bei vielen Kunstwerken ist die genaue Herkunft jedoch unklar. Im Oktober 2016 richtete die Stadt daher eine Stelle zur Überprüfung ihres Bestandes ein. Geprüft werden müssen alle Objekte, die vor 1945 entstanden sind und seit 1933 bis heute Eingang in die Sammlung gefunden haben. DIE LINKE wollte in der vergangenen Ratssitzung wissen, wie der aktuelle Stand der Überprüfung ist. Aus der Antwort der Verwaltung geht hervor, dass die eigentliche Prüfung noch gar nicht begonnen hat. Derzeit könne nicht einmal gesagt werden, wie viele Objekte untersucht werden müssen. In der Antwort heißt es hierzu: „Die Bestandserfassung der Institutionen, die Voraussetzung für die Prüfung ist, dauert an.“

Ekel-Klos an Schulen

In den letzten Jahren häufen sich Klagen von Schülerinnen und Schülern sowie vieler Eltern bezüglich katastrophaler Zustände auf den Toiletten in Düsseldorfer Schulen. Auch in der Presse wurde über die mangelnde Hygiene der „Ekel-Toiletten“ berichtet. SchülerInnen meiden solche Schulklos, trinken darum zu wenig und können sich nicht gut genug auf den Unterricht konzentrieren. Das ist besonders im Ganztagsbetrieb an Schulen ein Problem. Auf Anfrage der LINKEN im Schulausschuss hieß es, dass die Toiletten in der Regel nur einmal am Tag gereinigt werden – von einem Reinigungsstrupp, der für mehrere Schulen zuständig ist. Da dieser Reinigungsdienst nach einem festen Zeitplan arbeitet, bleiben verschmutzte Toiletten bis zur nächsten planmäßigen Reinigung so, wie sie sind. Die Verwaltung bestätigte außerdem Gerüchte, dass an einigen Schulen durch „freiwillige“ Abgaben eigene Aufsichts- bzw. Reinigungskräfte über einen Förderverein oder ähnliches bezahlt werden. Das ist nach Überzeugung der LINKEN keine Lösung – es ist Aufgabe der Stadt die Sauberkeit der Schultoiletten zu gewährleisten.

Kein Frauenpreis für Düsseldorf

Wo bleibt die Gleichberechtigung

In Deutschland leben rund zwei Millionen mehr Frauen als Männer. Aber an den entscheidenden Stellen in Wirtschaft und Politik sitzen vorwiegend Männer. Mit der Folge, dass vorwiegend Frauen die schlechter bezahlten Jobs haben und sie vielfältig diskriminiert werden.

Zwar ist in den letzten fünfzig Jahren in Richtung Gleichberechtigung der Frauen viel passiert, aber von einer echten Gleichberechtigung sind wir noch weit entfernt. Deshalb ist es nach wie vor notwendig, dass es auf Bundes- und Länderebene Ministerien für Frauen gibt. Und auch auf kommunaler Ebene sind Frauenausschüsse wichtig und notwendig. Allerdings ist das Frauenministerium gleichzeitig für Familie, Jugend, Sport und Menschen mit (anderen?) Behinderungen zuständig. Und auch aus dem städtischen Frauenausschuss wurde ein Gleichstellungsausschuss, der auch für Männer, Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender, Trans- und Intersexuelle zuständig ist.

Da kann man nur fragen: Wo bleiben die Frauen?

Um den Fokus wieder auf Frauen und deren unvollkommene Gleichberechtigung zu richten, hat DIE LINKE in diesem Ausschuss vorgeschlagen, einen Frauenpreis einzurichten und ihn an Personen und Projekte zu vergeben, die sich in hervorragender Weise für die Gleichberechtigung von Frauen engagieren. Dieser Preis sollte alle zwei Jahre

am 8. März (Internationaler Frauentag) vergeben werden.

Bei den weiblichen Ausschussmitgliedern kam die Idee gut an. Es wurde gemeinsam an den Kriterien,

Übrig geblieben ist noch die Verleihung am 8. März. Aus dem Frauenpreis wurde ein Gleichstellungspreis, aus dem Engagement für die Gleichberechtigung der Frauen wurde ein Engagement für



Genug mit billigem Kram zum Frauentag

Foto: © Can Stock Photo/ocskaymark

der Jury-Zusammensetzung und der Organisation gearbeitet und nach gut einem dreiviertel Jahr ein gemeinsamer Antrag an die Verwaltung formuliert. Doch dann ging der von Frauen erarbeitete Antrag an die Ratsfraktionen, um ihr Einverständnis abzufragen. Und hier sitzen vorwiegend Männer. Da zwei Fraktionen mit den Formulierungen nicht einverstanden waren, wurde ein Kompromiss-Vorschlag vorgelegt.

Gleichstellung und die zu prämierenden Personen und Projekte wurde um Firmen erweitert.

Diese Art von Preis lehnt DIE LINKE ab. Den Frauen der anderen Fraktionen kann man nur sagen, wenn Ihr Euch so dominieren lasst, wird das nichts mit der Gleichberechtigung. Und im Übrigen: Am 8. März wird der Frauentag begangen und nicht der Gleichstellungstag.

Lange überfällig

Internationaler Frauentag soll Feiertag werden

In Nordrhein-Westfalen kommen wir in diesem Jahr insgesamt auf elf gesetzliche Feiertage. Der Internationale Frauentag am 8. März gehört bisher nicht dazu. Der Internationale Frauentag ist für Frauen und Mädchen weltweit ein wichtiges Datum. Dieser Tag dient dazu, die bisherigen Errungenschaften der Emanzipation und das Erreichte zu würdigen und das noch Ausstehende anzumahnen. DIE LINKE fordert daher, diesen Tag zu einem Feiertag zu machen.

Die historischen Wurzeln des Internationalen Frauentages liegen in den Protesten New Yorker Arbeiterinnen, die bereits 1857 gegen unmenschliche Arbeitsbedingungen und für gleichen Lohn demonstrierten. Die Sozialistin Clara Zetkin setzte auf der zweiten Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz 1910 den Antrag durch, einen Internationalen Frauentag ins Leben zu rufen. Seit 1911 wird dieser in Deutschland begangen. Während des Nationalsozialismus wurde dieser

Tag verboten. In der Bundesrepublik geriet er zunächst in Vergessenheit und wird erst seit den Neunzigerjahren verstärkt begangen. Dennoch ist die Gleichstellung der Geschlechter weder in Deutschland noch in anderen Ländern Realität. „Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit“ ist nach wie vor



eine Forderung, die nicht realisiert ist. Eine geschlechtergerechte Gesellschaft beginnt jedoch mit einer konsequenten Gleichstellungspolitik, die Frauen in allen Lebensbereichen eine gleichberechtigte Teilhabe sichert und sie vor Diskriminierung und Gewalt schützt.

Den Internationalen Frauentag als Symbol der Gleichberechtigung zu einem Feiertag zu machen, entspräche der im Grundgesetz verankerten staatlichen Verpflichtung, die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung zu fördern und auf die Beseitigung bestehender Nachteile hinzuwirken. Deshalb beantragte DIE LINKE Ratsfraktion aus Anlass des diesjährigen Frauentages, dass die Stadt Düsseldorf auf Landesebene darauf hinwirken soll, diesen zum gesetzlichen Feiertag zu erklären.

Ein gesetzlicher Feiertag am 8. März hätte eine starke Symbol- und Signalwirkung und würde Frauenrechte verstärkt ins Zentrum der Aufmerksamkeit der Gesellschaft rücken.

Grenzen der Demokratie

Geisel stellt sich gegen den Stadtrat

Für das Grundstück Am Trippelsberg 100 wurde eine Bauvoranfrage eingereicht, um dort ein Logistikzentrum zu errichten. Für die Entscheidung einer Bauvoranfrage dieser Größenordnung ist die Bezirksvertretung (BV) zuständig. Die BV 9 hat im März 2017 die Erteilung eines Vorbescheids abgelehnt. Unter anderem auch deshalb, weil das den Unterlagen beigefügte Verkehrsgutachten völlig veraltet und überholt ist. Das haben sogar der Oberbürgermeister und die Verkehrsdezernentin in aller Öffentlichkeit zugegeben und zugesichert, dass ein neues Verkehrsgutachten mit Hochdruck ausgearbeitet werden soll, damit ein Verkehrskonzept für den gesamten Düsseldorfer Süden erstellt werden kann.

Nach der Ablehnung der BV hat der OB Einspruch eingelegt. Aus angeblich rechtlichen Gründen. Also musste die BV sich noch einmal mit der Voranfrage beschäftigen. Auch das zweite Mal lehnte sie die Genehmigung ab und der Oberbürgermeister legte wieder Einspruch ein.

Nach der Gemeindeordnung muss dann der Rat entscheiden. Bei der Sitzung am 22.09.2017 hat der Rat den Beschluss der BV bestätigt. Der einzige, der anderer Meinung war, war der Oberbürgermeister. Obwohl also sowohl die BV als auch der Rat den Antrag ab-



Die ersten Bäume wurden schon gefällt - ohne Genehmigung

Foto: © r(h)einblick

gelehnt hatten, konnte oder wollte der OB nicht nachgeben und hat als nächste Instanz die Bezirksregierung angerufen. Diese hat, auch wieder auf Grundlage des ominösen Verkehrsgutachtens, den Beschluss des Rates als rechtswidrig eingestuft und aufgehoben. Unter anderem steht in diesem Gutachten, dass es durch das zu errichtende Logistikzentrum „zu keiner maßgeblichen Verschlechterung der Verkehrssituation“ kommen wird. Bei einem Logistikbetrieb bzw. einer Spedition!

Wie bei jedem amtlichen Bescheid kann Klage eingereicht werden. Aller-

dings war der Bescheid der Bezirksregierung an den OB gerichtet, der ja diesen Bescheid erst erwirkt hat. Dass er nicht klagen wird, war abzusehen. Deshalb haben sowohl DIE LINKE als auch die Fraktion der Grünen Anträge gestellt, damit fristgerecht im Namen des Rates eine Klage eingereicht werden kann. Allerdings kamen die Anträge aus Zeitgründen nicht mehr zur Abstimmung.

Daher hat das Ratsmitglied und Sprecher der Ratsfraktion DIE LINKE, Lutz Pfundner, im Auftrag der Fraktion Klage eingereicht.

Dramatisches Insektensterben

LINKE erfolgreich bei Verbot von Killer-Pestizid

80 Prozent aller Insekten sind innerhalb der letzten 30 Jahre gestorben. Die dramatischen Ausmaße des Insektensterbens bestätigen der Agrar-Report 2017 des Bundesamtes für Naturschutz und unabhängige Untersuchungen von Insektenforschern in Krefeld und Nijmegen. 80 Prozent weniger Insekten bedeuten auch 80 Prozent weniger Nahrung und Überlebenschancen für Vögel und andere Insektenfresser. Die dramatischen Aus-

wirkungen des Bienensterbens auf die Verbreitung von Blühpflanzen sind noch gar nicht abzusehen.

Die Industrialisierung der Landwirtschaft ist hauptverantwortlich für das Insektensterben. Hochentwickelte Gifte sichern Ernten, rotten aber auch jedes Insekt und jede Blühpflanze aus. Monsanto verdient in vielen Ländern gleich doppelt am Unkrautvernichter Glyphosat – am Verkauf des Gifts und am Verkauf des genetisch manipulierten

Saatguts für Nutzpflanzen, die gegen Glyphosat resistent sind. Erst Ende 2017 hat die EU-Kommission – mit Zustimmung der Bundesregierung – Monsanto für weitere fünf Jahre den Verkauf erlaubt, obwohl Glyphosat als krebserregend und erbgutschädigend bekannt ist. Es wird auf vierzig Prozent der deutschen Äcker eingesetzt.

DIE LINKE beantragte darum im Düsseldorfer Umweltausschuss den Verzicht auf Glyphosat auf städtischen Flächen. Daraufhin kündigte die Stadtverwaltung an, mit PächterInnen städtischer Nutzflächen über die nachträgliche Aufnahme einer entsprechenden Vertragsklausel zu verhandeln. Bei neuen Pachtverträgen wird generell der Einsatz von Glyphosat ausgeschlossen. Ein weiterer Antrag der LINKEN wurde einstimmig beschlossen: Die Stadt wird schnell umsetzbare Maßnahmen gegen das Insektensterben ergreifen: Bunte Blumenwiesen auf städtischen Flächen anstelle von „englischem Rasen“ oder Steinwüsten machen für Insekten in einer Großstadt den Unterschied zwischen Überleben und Tod aus.



Erst sterben die Tiere, dann die Menschen

Foto: (CCO) pixabay/ jill111

Bildungskarte einführen

Kinder aus Familien mit geringem Einkommen können für das Mittagessen in der Schule, für Ausflüge mit der Kita oder für die Mitgliedschaft in einem Verein eine finanzielle Unterstützung aus dem Bildungs- und Teilhabepaket erhalten. Das Antragsverfahren ist allerdings kompliziert und mit einem hohen bürokratischen Aufwand verbunden. Aus diesem Grund werden viele Angebote, die den Kindern eigentlich zustehen, nicht angenommen. Auf der März Sitzung des städtischen Sozialausschusses beantragte DIE LINKE daher, dass Düsseldorf dem Beispiel von Städten wie Münster, Hamm oder Kiel folgen soll und eine Bildungskarte zur einfachen und unbürokratischen Umsetzung des Angebots einführt. Die Stadt würde dabei den Anspruchsberechtigten eine Karte zur Verfügung stellen, die für die Zahlung der bewilligten Leistungen genutzt werden kann. Berechtigte Kinder könnten dann die Kosten für Tagesausflüge, Mittagessen oder Lernförderung durch einfaches Vorzeigen der Karte direkt vor Ort bezahlen – ohne Bargeld, ohne Anträge und ohne zusätzliche Nachweise. Der Sozialausschuss beauftragte die Verwaltung mit der Erstellung eines Konzeptes.

Bürokratie statt Bildung

Finanzielle Mittel, die für Fort- und Weiterbildung von Hartz IV-Beziehenden vorgesehen sind, werden nicht in vollem Umfang dafür verwendet. Teile dieser Gelder werden stattdessen für die Finanzierung der Bürokratie der Jobcenter eingesetzt.

Nachdem bekannt wurde, dass in Deutschland in den vergangenen Jahren mehrere Milliarden Euro auf diesem Wege zweckentfremdet wurden, erfragte DIE LINKE Ratsfraktion im städtischen Sozialausschuss die Zahlen für Düsseldorf. Leider zeigt sich auch hier ein ähnliches Bild:

Rund 15 Millionen Euro wurden in den vergangenen fünf Jahren beim Jobcenter Düsseldorf von den Eingliederungsmitteln zu den Verwaltungskosten umgeschichtet. Eine solche indirekte Kürzung bei der Fort- und Weiterbildung von Hartz IV-Beziehenden ist aus Sicht der LINKEN nicht akzeptabel.

Europameisterschaft 2014 in Düsseldorf?

Düsseldorf hat sich als Spielort für die Fußball-Europameisterschaft der Männer 2024 beworben.

Laut Presseberichten haben die Bewerberstädte gegenüber der UEFA eine Verpflichtungserklärung abgegeben, wonach in erheblichem Umfang Rechte der Städte, ihrer Einwohnerinnen und Einwohner und Händler eingeschränkt werden. Deshalb haben wir im Stadtrat nachgefragt, wann die Stadt diese Verpflichtungserklärung veröffentlicht, ob der DFB sich an den entstehenden Kosten beteiligen wird und welche Kosten auf die Stadt zukommen werden.

Nach Auskunft der Stadtverwaltung ist die Verpflichtungserklärung auf Verlangen des DFB vertraulich zu behandeln. Eine Pflicht auf Auskunft bestehe nicht.

Die UEFA übernimmt die Kosten für den Spieltag und wird dafür die Einnahmen im siebenstelligen Bereich kassieren.

Investitionskosten für den Ausbau der Arena übernimmt weder die UEFA noch der DFB. Die Verwaltung rechnet mit Kosten für die Stadt von 3,5 bis 4 Millionen Euro. Über weitere Kosten für die Stadt schwieg sich die Verwaltung aus.

Lärmschutz nur für Reiche

Das Handlungskonzept Wohnen der Stadt schreibt vor, dass bei Neubauprojekten 20 bis 30 % öffentlich geförderter Wohnraum entsteht. Jetzt zeigt sich immer häufiger, dass bei größeren Projekten von Lärmriegen die Rede ist. Was bedeutet das?

Ein Beispiel: Das Neubaugebiet Selbecker Straße liegt direkt an der stark von Lärm belasteten Güterbahnstrecke zwischen Eller und Rath.

Da die Bahn sich weigert, für Lärmschutz zu sorgen, ist an der Lärmquelle ein Lärmriegel vorgesehen; das heißt eine mehrstöckige Gebäudezeile, in der die Sozialwohnungen untergebracht werden. Im Schutz dieses Lärmriegels werden die teuren, freifinanzierten Miet- und Eigentumswohnungen gebaut. So werden die Menschen, die sich nur eine Sozialwohnung leisten können, als Lärmschutz für die Wohlhabenden, die sich teure Wohnungen leisten können, missbraucht. Das kann nicht der Sinn von sozialem Wohnungsbau sein.

Bezahlbarer Wohnungsbau muss her

Die Stadt muss sich stärker engagieren

Am 22.03.2018 lehnte der Rat mit den Stimmen von CDU/FDP bei Enthaltung von Teilen der SPD und Grünen eine Zweckentfremdungssatzung für Düsseldorf ab. Dies zeigt, dass es im Rat der Stadt Düsseldorf keine Mehrheit für eine soziale Wohnungspolitik gibt. Innerhalb der Ampel blockiert die FDP alle Eingriffe in den freien Wohnungsmarkt. Das führt zu immer höheren Immobilienpreisen und zu ständig steigenden Profiten der in Düsseldorf agierenden Immobilienheuschrecken.

Die Städtische Wohnungsgesellschaft Düsseldorf ist eine städtische Tochter, welche die Aufgabe hat, bezahlbaren Wohnraum für die DüsseldorferInnen zu schaffen. Um dieses Ziel zu erreichen, sind ein stärkeres Engagement der Gesellschaft und eine größere Unterstützung durch die Stadt erforderlich.

Eine Anfrage der LINKEN im Wohnungsausschuss der Stadt am 9. April ergab, dass die SWD in den vergangenen beiden Jahren 78 Sozialwohnungen neu gebaut hat. Im gleichen Zeitraum sind bei ihr 367 Sozialwohnungen weggefallen, da die Mietpreis- und Belegungsbindung ausgelaufen ist.

Damit liegt die SWD im gesamtstädtischen Trend. Um ca. 1.000 Wohnungen verringert sich Jahr für Jahr der Anteil der Sozialwohnungen in Düsseldorf. Es wäre Aufgabe der SWD, diesem Trend entgegen zu wirken.

DIE LINKE Ratsfraktion hat dafür Vorschläge und Anträge entwickelt. So sollten städtische Grundstücke nicht mehr an Privatinvestoren verkauft und damit die Preise weiter hochgetrieben werden, sondern der SWD für den Bau günstig zu vermietender Wohnungen

überlassen werden. Städtische Grundstücke zu Höchstpreisen an die SWD zu verkaufen – wie jüngst geschehen – treibt selbst bei der SWD die Mietpreise in die Höhe.

Wenn es dafür eine sozial eingestellte Mehrheit im Rat gäbe, könnte die Stadt darüber hinaus selbst bezahlbare Wohnungen bauen. Jahr für Jahr beantragt die Ratsfraktion DIE LINKE, im Haushalt entsprechende Positionen einzuplanen. Jahr für Jahr wird dies von der Ratsmehrheit abgelehnt, obwohl es viele kommunale Beispiele gibt, wie wirkungsvoll so gegen die Wohnungsnot vorgegangen werden kann.

Der Verkauf des landeseigenen Wohnungsbestands und der Landesentwicklungsgesellschaft (LEG) durch die damalige CDU/FDP-Mehrheit im Land-

tag an eine amerikanische Immobilienheuschrecke zeigte, wie verlockend es ist, durch den Verkauf öffentlicher Wohnungen Haushaltslöcher zu stopfen.

Vor einer erneuten schwarz-gelben Mehrheit bei der nächsten Kommunalwahl ist auch Düsseldorf nicht sicher. SPD und Grüne sollten nach Möglichkeiten suchen, die Privatisierung der Düsseldorfer Wohnungsgesellschaft auf Dauer auszuschließen. Auf die Unterstützung durch die Ratsfraktion DIE LINKE könnten sich die beiden Parteien bei diesem Vorhaben verlassen.

Ansonsten wird DIE LINKE weiterhin als einzige Partei in Düsseldorf für den Schutz der günstigen SWD-Wohnungen vor Privatisierung eintreten. Für uns steht die Stärkung sozialen und kommunalen Wohnungsbaus an erster Stelle.



Preiswerte Wohnungen müssen gebaut werden

Foto: (CC BY 2.0) pixelio/Bernd Sterzl

An der Wirklichkeit vorbei

Meldepflicht treibt „SexarbeiterInnen“ in die Illegalität

Das Gesetz zur „Regulierung des Prostitutionsgewerbes sowie zum Schutz von in der Prostitution tätigen Personen“ ist im Juli 2017 in Kraft getreten. Zuständig für die Umsetzung sind die Kommunen. Dieses Gesetz sieht unter anderem die Einführung einer Erlaubnispflicht für alle Prostitutionsgewerbe und eine Anmeldepflicht für SexarbeiterInnen vor. Konkret bedeutet dies, dass SexarbeiterInnen dazu gezwungen werden, ihre Tätigkeit bei mehreren Behörden anzumelden. Bei ihrer Arbeit müssen sie zukünftig einen Ausweis mit Foto bei sich führen, auf dem vermerkt ist, dass sie „Prostituierte“ sind.

Verschiedene Vereine und Organisationen, die sich für soziale und politische Rechte von SexarbeiterInnen einsetzen, kritisieren das Prostituiertenschutzge-

setz. Von dem erwähnten „Schutz“ fehlt jede Spur.

Insbesondere bemängeln diese Organisationen, dass SexarbeiterInnen durch Registrierung jede Anonymität verlieren und so Repressionen leichter ausgesetzt sind. SexarbeiterInnen werden durch den Lichtbildausweis erpressbar, da häufig die Familien von der Tätigkeit nichts wissen.

Das Bündnis der Fachberatungsstellen für SexarbeiterInnen e.V. (Bufas) kritisiert unter anderem die Umsetzung der Gesundheitsberatung: Die vom Prostituiertenschutzgesetz auferlegte Pflicht zur gesundheitlichen Beratung und die Angabe persönlicher Daten führen dazu, dass die Stigmatisierung der SexarbeiterInnen verschärft wird.

Leider bringt dieses Gesetz keine

Verbesserung für SexarbeiterInnen, sondern führt zu tiefen Eingriffen in Grundrechte, wie die Berufsfreiheit, die Unverletzlichkeit der Wohnung oder das Recht auf informationelle Selbstbestimmung.

Im Gleichstellungsausschuss fragte DIE LINKE nach, wie die Anmeldepflicht seit Einführung des Gesetzes angenommen wird. Laut Schätzung der Verwaltung sind in Düsseldorf ständig ca. 600 SexarbeiterInnen tätig. Davon haben sich bisher 160 angemeldet.

Das zeigt, dass an den Betroffenen vorbei und nicht mit ihnen agiert wird. SexarbeiterInnen werden weiter in die Illegalität gedrängt. DIE LINKE fordert seit langem, den Schutz und die Rechte von SexarbeiterInnen zu stärken und Hilfsangebote auszuweiten.

Aus der Wohnung geworfen

Viele Zwangsräumungen in Düsseldorf

Das immer rentabler werdende Geschäft mit Wohnungen lässt auch in Düsseldorf die Mieten explodieren. Viele Menschen mit geringem Einkommen können bei dieser Entwicklung nicht mehr mithalten. Häufig führen die steigenden Kosten dann dazu, dass die Betroffenen aus ihrer Wohnung geworfen werden.

Bundesweit finden jährlich zehntausende Zwangsräumungen statt. Die konkreten Zahlen für Düsseldorf erfragte DIE LINKE jetzt im Stadtrat: 588 Zwangsräumungen wurden im vergangenen Jahr gemeldet. Die Anzahl der betroffenen Personen in den geräumten Wohnungen dürfte noch höher liegen. Zu den Opfern zählen zunehmend alleinerziehende Frauen mit ihren Kindern. Für die Betroffenen bedeutet die Räumung ein traumatisches Erlebnis, eine ungewisse Zukunft und oftmals auch ein Leben in der Obdachlosigkeit.

Hinter jeder Zwangsräumung stehen menschliche Schicksale. Diese werden zumeist jedoch nicht wahrgenommen, da die Räumungen in der Regel weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit stattfinden. DIE LINKE begrüßte daher, dass die Obdachlosenorganisation fiftyfifty das Beispiel von Rolf T. öffentlich gemacht hat.

Rolf T. war drei Monate wohnungslos, schlief in einer Notunterkunft auf der Kaiserswerther Straße. Von dort wurde er in ein Wohnprojekt vermittelt und zog anschließend in ein Haus der Armen Brüder auf der Lessingstraße. Dort lebte er für zwei Jahre. Zu seinem

Unglück wurde dieses Haus an einen Berliner Investor verkauft. Im Folgenden zitieren wir hierzu Auszüge einer Pressemitteilung von fiftyfifty:

„Viele Mieter erleben seit dem Verkauf Schikanen durch den neuen Eigentümer: Die sanitären Anlagen in der vierten Etage sind seit Monaten grundlos gesperrt. Zugleich wurden allen Mietern Einmalzahlungen angeboten, wenn sie ausziehen – ein verlockendes Angebot mit gefährlichen Folgen für Menschen mit wenig Geld, die lange Zeit auf der

unumwunden zu, hat Ratenzahlungen vereinbart, und diese auch bereits in Höhe von 150 Euro geleistet. Bei der zweiten Rate war das Konto um 70 Cent nicht gedeckt und die Rate wurde so zurückgebucht. ... Die Rückbuchung fiel Rolf nicht auf und die gegnerische Seite nahm dies zum Anlass, Rolf zu verklagen und schließlich einen heute rechtskräftigen Räumungstitel zu erwirken.“

Die Mietrückstände betragen lediglich 466 Euro. Fiftyfifty und viele Düs-



Schöne Zukunftsaussichten

Foto: (CC BY 2.0) flickr/h3xtacy

Straße gelebt haben. Der Eigentümer Eytan Daniel Halfin scheint nur ein Ziel zu kennen: Die Mieter sollen raus, seine HMS II Grundstücksgesellschaft will maximalen Profit.

Den vorläufig traurigen Gipfel der Eskalation stellt nun die geplante Zwangsräumung von Rolf T. dar: Er soll am 11.04.2018 raus, weil er zwei Monatsmieten nicht gezahlt hat. Dies gibt er

seldorferinnen und Düsseldorfer boten an das Geld zu zahlen, um die Räumung und damit die erneute Wohnungslosigkeit zu verhindern. Trotz dieser Angebote wurde die Zwangsräumung nicht zurückgenommen. Rolf T. blieb nichts anderes übrig als die Wohnung zu verlassen. Heute lebt er in einem Heim für Wohnungslose. Ob er wieder eine eigene Wohnung findet, ist unklar.

Dr. Lieselotte Opitz ist gestorben

Sie war langjähriges Mitglied im Düsseldorfer Stadtrat



Lieselotte Opitz

Am 27. Januar 2018 verstarb das ehemalige Ratsmitglied Dr. Lieselotte Opitz im Alter von 81 Jahren.

Dr. Opitz saß von 2009 bis 2014 für DIE LINKE Fraktion im Rat der Stadt Düsseldorf, sowie im Wohnungsausschuss und im Seniorenbeirat.

Sie war ihr Leben lang politisch interessiert, konnte sich aber aufgrund ihrer beruflichen Tätigkeit erst im Ruhestand politisch engagieren. Vorher war sie an einem der wenigen unabhängigen Marktforschungsinstitute in Deutschland beteiligt. In diesem Bereich hatte sie auch promoviert.

Angelika Kraft-Dlangamandla, Sprecherin der Ratsfraktion DIE LINKE:

„Wir trauern um unsere ehemaliges Fraktionsmitglied Lieselotte Opitz. Lieselotte hat sich vehement und engagiert gegen die sozialen Missstände nicht nur in Düsseldorf eingesetzt. Deshalb war es für sie auch wichtig, in der Fraktion der LINKEN im Stadtrat mitzuwirken. Wir werden in ihrem Sinn unsere Ratsarbeit auch in Zukunft gestalten.“

Ist Düsseldorf bereit für den Super-GAU?

Nur 131 Kilometer Luftlinie von der Innenstadt Düsseldorfs entfernt liegt das belgische Atomkraftwerk Tihange. Seit Jahren macht sein Reaktorblock 2 durch Risse Negativschlagzeilen. Anfang Februar 2018 enthüllten dann der WDR und das Fernsehmagazin „Monitor“, dass auch der Reaktorblock 1 Probleme macht. Dort treten seit langem schon ernste Störfälle auf. Der Chef der belgischen Atomaufsicht spricht von der „alarmierenden Wahrscheinlichkeit einer Kernschmelze“ wie in Tschernobyl – stillgelegt wird das AKW dennoch nicht. In Düsseldorf sollten die Alarmglocken läuten: Nach einem GAU würde der Wind die atomare Wolke selbst bei mäßigem Wind in wenigen Stunden von Tihange hinüber tragen. Geeignete Maßnahmen sind da nicht möglich.

DIE LINKE fragte auf der Ratssitzung am 22. März nach, was die Ampelkoalition deswegen unternimmt. Die Antwort war, dass die Stadt lediglich eine Klage gegen das Wiederhochfahren des Reaktorblocks 2 mit 3.000 Euro unterstützt, aber nichts in Hinblick auf den viel gefährlicheren Block 1 plant. Das Land NRW beabsichtigt aber, über Evakuierungen und Jodtabletten zu sprechen. Tihange läuft also weiter, während die Ampel Beruhigungspillen verteilt.

IMPRESSUM

Rheinblick

Herausgeberin:

Ratsfraktion DIE LINKE.
im Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf
Luegallee 65 · 40545 Düsseldorf

Redaktion:

Lutz Pfundner, Meikel Friebe, Anastasia Kordela, Michael Driever, Christian Jäger, Ben Klar

Tel:

0211 89 95 123

Fax:

0211 89 29 588

email:

info@linksfraktion-duesseldorf.de

web:

www.linksfraktion-duesseldorf.de
https://www.facebook.com/LinksfraktionDuesseldorf

V.i.S.d.P.:

Angelika Kraft-Dlangamandla

Druck:

Berliner Zeitungsdruck

Auflage:

30.000

Düsselpass: Jetzt Antrag stellen

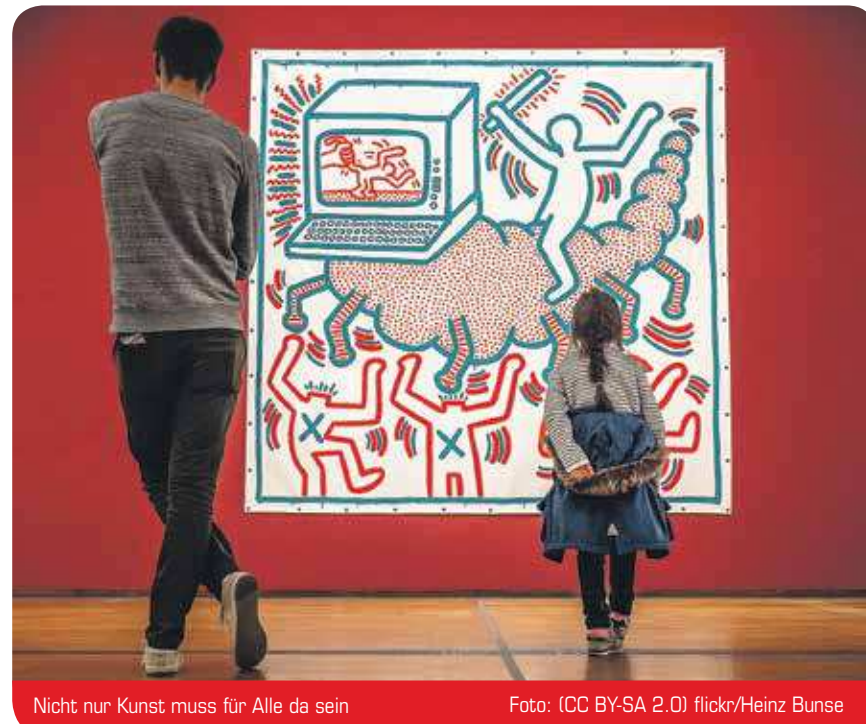
Düsseldorferinnen und Düsseldorfer die von Armut betroffen sind, können mit dem Düsselpass verschiedene Vergünstigungen in Anspruch nehmen. Diese gibt es bei städtischen Ämtern, Instituten und Tochtergesellschaften sowie bei verschiedenen Partnern aus Kultur, Wirtschaft und Sport.

Freien Eintritt gibt es u.a. hier: Aquazoo, Filmmuseum, Goethe-Museum, Heinrich-Heine-Institut, Hetjens-Museum, Museum Kunstpalast, Stadtmuseum, Theatermuseum und Kunstsammlung NRW.

Eine Gebührenbefreiung gibt es u.a. hier: Kitas, Offene Ganztagschulen, Tagespflege, Stadtbüchereien sowie bei der Beantragung von Wohnberechtigungsscheinen, Führungszeugnissen und Meldebescheinigungen.

Ermäßigte Tarife gibt es u.a. hier: Düsseldorf, Frei-, Hallen- und Strandbäder, Eisstadion Brehmstraße, Volkshochschule, ASG-Bildungsforum, efa - Ev. Familienbildung, Clara-Schumann-Musikschule, FFT, Oper, Schauspielhaus, Tonhalle, Jazz-Schmiede, Komödie, Zakk, Standesamt, Schülerhilfe, Fairhaus und bei der Hundesteuer. Die komplette Liste ist zu finden: www.duesseldorf.de/duesselpass. Dort kann auch der „Antrag auf Düsselpass“ für Menschen mit geringem Einkommen heruntergeladen werden. Die zuständigen Servicecenter Grundsicherung Nord/Mitte und Süd befinden sich an der Willi-Becker-Allee 8 (Tel. 0211-8924488) und der Werftstraße 40 (Tel. 0211-8997344). Die Sprechzeiten sind montags bis donnerstags 8.00-11.30 Uhr.

Kultur trotz Armut Düsselpass muss mehr Menschen erreichen



Nicht nur Kunst muss für Alle da sein

Foto: (CC BY-SA 2.0) flickr/Heinz Bunse

Millionen Menschen leben in Deutschland in Armut. Vor zwanzig Jahren war es noch undenkbar, dass Menschen auf der Suche nach Pfandflaschen Müll-eimer durchsuchen oder an Tafeln für Nahrungsmittel Schlange stehen. DIE LINKE kämpft im Bund, in Ländern und Kommunen gegen diese Entwicklung.

Auf kommunaler Ebene allein kann das Armutsproblem nicht gelöst werden; dennoch sind auch hier Verbesserungen möglich. Hier können zudem Maßnahmen umgesetzt werden, um einige Folgen der Armut abzumildern. In Düsseldorf gibt es daher den Düsselpass, mit dem von Armut betroffene Menschen verschiedene Vergünstigungen in Anspruch nehmen können (siehe Seiten-spalte).

Düsselpass bei Hartz IV

Aufgrund der Initiative der LINKEN erhalten seit Juli 2017 alle Personen,

die in Düsseldorf als BezieherInnen verschiedener Transferleistungen (z.B. Hartz IV, Sozialgeld, Grundsicherung im Alter oder bei voller Erwerbsminderung) erfasst sind, den Düsselpass automatisch zugeschickt. Die zuvor komplizierten und zeitaufwändigen Antragsverfahren entfallen seitdem. 80.000 Düsselpässe wurden so bisher verschickt und erreichten viele Menschen, die das Angebot bislang nicht in Anspruch nahmen.

Düsselpass bei geringem Einkommen

Geringverdienerinnen und Geringverdiener profitieren von dieser Regelung allerdings nicht. Sie haben zwar Anspruch auf einen Düsselpass, dieser muss jedoch in einem komplizierten Verfahren jedes Jahr aufs Neue beantragt werden. Hierbei wird geprüft, ob das jeweilige Einkommen nach Abzug

der „angemessenen“ Wohnungskosten in etwa der Sozialhilfe entspricht. Hierfür müssen verschiedene Nachweise über Einkommen, Miete und Heizkosten eingereicht werden.

DIE LINKE wollte auch für diese Menschen ein vereinfachtes Verfahren erreichen und brachte das Thema auf die Tagesordnung des städtischen Sozialausschusses. Es stellte sich heraus, dass aufgrund der komplizierten Regelung pro Monat nur rund 60 Anträge gestellt wurden – eine verschwindend geringe Zahl wenn man bedenkt, wie viele Menschen Geringverdiener sind.

Mit verschiedenen Initiativen versuchte DIE LINKE daher, eine Vereinfachung des Antragsverfahrens zu erreichen. Statt der bürokratischen Anspruchsberechnung forderten wir die Einführung einer konkreten Einkommensgrenze in Höhe der kaufkraftbereinigten Einkommensarmut (rund 1.000 Euro). So wäre für jeden klar ersichtlich, ob ein Anspruch auf den Düsselpass besteht oder nicht. Zudem würde sich die Zahl der Anspruchsberechtigten erhöhen und es müssten erheblich weniger Nachweise eingereicht werden. Dies lehnten CDU, SPD, FDP und Grüne leider ab.

Düsselpass bei geringer Rente

Als weitere Verbesserung beantragten wir die Übernahme einer Regelung, die es bereits in unserer Nachbarstadt Köln gibt: Dort erhalten alle Einwohnerinnen und Einwohner über 65 Jahre mit geringer Rente, nach einmaliger Prüfung der Einkommens- und Vermögensverhältnisse, den Sozialpass bis zum Lebensende ausgestellt. Die jährliche Antragstellung entfällt somit. Über die Einführung dieser notwendigen Regelung in Düsseldorf entscheidet der Stadtrat am 3. Mai.

Den R(h)einblick abonnieren

Der R(h)einblick ist die kostenlose Zeitschrift der Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Düsseldorf. Die Fraktion DIE LINKE möchte mit dem „R(h)einblick“ über ihre Arbeit im Rat der Stadt und in den Ausschüssen informieren und damit auch zum Aufbau einer „Gegenöffentlichkeit“ in Düsseldorf beitragen. Denn in unserer Stadt bestimmen eine einseitige Berichterstattung der Tagespresse und das städtische Amt für Kommunikation in weiten Teilen, was veröffentlicht wird. Was nicht passt, wird nicht gedruckt. Viele Bürgerinitiativen, Vereine und Einzelpersonen mussten das in den letzten Jahren ebenso

erleben wie die Fraktion DIE LINKE im Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf.

Der R(h)einblick wird kostenlos verteilt. Damit auch Sie den R(h)einblick regelmäßig erhalten, können Sie ihn einfach abonnieren. Eine Postkarte oder eine E-Mail an die Fraktion DIE LINKE Düsseldorf genügt.

Fraktion DIE LINKE Düsseldorf
Luegallee 65
40545 Düsseldorf

info@linksfraktion-duesseldorf.de

oder herunterladen unter:
linksfraktion-duesseldorf.de/rheinblick

